

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Badischer Beobachter. 1863-1935
1910**

27 (4.2.1910) 1. Blatt

materiellen Inhalt der badischen Vorschläge näher ein zu geben. Am übrigen kam zum Ausdruck, daß durch die heutige Aussprache ein befürwortendes Verstehen herbeigeführt werden sei, so daß man in Zukunft erst nach lohner Aussprache beider Teile vorgehen werde.

Man kann sich des Eindrucks nicht versetzen, daß die Zusammlung mit der badischen Regierung auf der Anklagebank saßen. Dazu hätten sie wahrscheinlich nicht nach Stuttgart fahren brauchen. Auch nicht auf Anregung der schwäbischen Demokratie!

Deutschland.

Berlin, 4. Februar 1910.

Kriegsrat gegen das Zentrum. Immer und immer lebt der Ruf zum Kampfe gegen das Zentrum in den "Leitz. R. Nachr." wieder. So ist in Nr. 33 unter "Stimmen aus dem Publikum" zu lesen:

"Der Kampf gegen das Zentrum!"
Begegnet auf die Anregung, die an dieser Stelle dazu gegeben wurde, einen Bund gegen das Zentrum ins Leben zu rufen, so wie der Hanabund jetzt als Gegenwirkung zum Bunde der Landwirte gegründet wurde, möchte ich erwidern, daß wir an Vereinen, Bünden, Parteien leider allzu viele haben, wir zerstreuen uns auch darin, wie dies der alte Erbfeind von jenen war. Aber über dem Zentrum muß entgegenarbeitet werden! Es ist die höchste Zeit dazu, wollen wir nicht alle ehrlichen Übergänge erlauben. Vor allem sollten die Zentrumswahlkämpfer aufzulässt werden, das würde das Leben an der Wurzel lösen. Nicht allzu lange mehr, und dem deutschen Volke ist wieder Gelegenheit gegeben, Abgeordnete, die seine Wünsche vertreten sollen, in den Reichstag zu führen. Möchten die Zentrumswähler bis dahin darüber aufgelaufen sein, daß das Zentrum nicht deutsche, sondern römische Wünsche verrichtet. Möchte der Evangelische Bund solche Arbeit in Deutschland leisten! Er ist es besser ihm zu lassen, als ein neu zu gründender Verein. Ich fordere darum alle, die mit mir im Zentrum die größte Gefahr für Deutschland erblicken, auf, für oben genannten Zweck Gaben an den Evangelischen Bund zu senden, und zwar an die Zentrale in Halle, und dem Evangelischen Bunde ihren Beitrag zu erklären.

Ein Mitglied des Evangelischen Bundes.

In welchem Sinn und in welcher Weise die Zentrumswähler aufgelaufen werden sollen, läßt sich denken. Das Jahr 1909 hat es mit hinreichender Deutlichkeit machen lassen.

Gemeine gegen den Bischof von Straßburg.
Folgende Notiz machte die Runde durch die Blätter: Ein unbegreiflicher Vorfall auf dem konfessionellen Streitgebiet gibt unter allen Vorbehalt die "Straßburger Post" wieder. Der katholische Pfarrer Siegler, ein Mann, der auf 25jährige Seelsorgefertigkeit zurückblickt, soll das Leidensbegängnis des protestantischen ältesten Mannes begleitet und einige Trostworte auf dem Friedhof an die Leidtragenden gerichtet haben. Hierfür hat er eine Vorladung vor das bischöfliche Ordinariat in Straßburg erhalten und schließlich eine Strafverfolgung angestellt bekommen, die der Pfarrer jedenfalls vermeiden wollte und weshalb er jetzt "aus Gefühlsrichtungen" seines Rücktritts genommen habe. Wie der "Erläuterer" vom 2. Februar aus sicherer Quelle erfährt, entspricht diese Darstellung nicht den Tatsachen.

Zum Fall Schmitt bringt die "Nord. Allg. Zeitung" folgendes offizielle Notiz: "Der Nachricht, daß der Gouverneur von Südwestastraf, v. Schmittmann, seinen Abschied eingereicht habe, liegt der folgenden Sachverhalt zugrunde: Infolge einer im Herbst überstandenen schweren Influenza, deren Nachwirken durch übergrößere Anstrengung und klimatische Einflüsse verschärft worden sind, hat sich der Gouverneur genötigt gefehlt, unter Einsendung eines ärztlichenzeugnisses einen längeren Urlaub zu erbitben. Dieser ist ihm gewährt worden. Wir hoffen, daß der verdiente Beamte bald seine Dienstfähigkeit wiedererlangen wird."

Ganz gewöhnliche Freiheitserklärung. Die "Heidelberg Zeitung" will den "Bis. Beob." auf solcher Erzählpunkt haben. Sie schreibt:

Der "Bis. Beobachter" — die übrige Zentrumsprese wird ihm bald nachholen — berichtet über den Aussatz der Reichstagswahl in Eisenach-Dermbach in eigentlichem Weise. Er schreibt von einer erneuten Niederlage des Liberalismus und behauptet, daß er auch dieses Mandat wieder an die Sozialdemokratie verloren habe. Der "Bis. Beobachter" treibt mit dieser falschen Berichterstattung eine

ganz gewöhnliche Freiheitserklärung seiner Leser. Das Eisenacher Mandat war bisher in den Händen von Verbündeten seiner Partei, die diesmal — wenn es zur Stichwahl gekommen wäre — aus dieser wegen ganz enormen Stimmenverlustes hätten ausscheiden müssen. Der Liberalismus dagegen hat sich ganz vorsichtig gehalten und kann mit seiner Stimmenziffern zufrieden sein."

Bisher in den Händen von Verbündeten seiner

(bes. "Bis. Beob.") Partei!"

Man traut seinen Augen kaum. Es ist wahr, daß das Mandat in der Zeit von 1907 bis 1910 im Besitz des vom Zentrum unterstützten Bundes der Landwirte war. Deßen Kandidat hatte in der Hauptwahl von 1907 vor dem der liberalen Partei einen Vorprung von 896 Stimmen und kam infolgedessen mit dem sozialdemokratischen Kandidaten in die Stichwahl. In dieser wurde er mit Hilfe der liberalen Partei Sieger. Diese kurze Spanne ist aber doch nicht das "bisher".

Wer hat denn "bisher" das Mandat gehabt?

1871 Liberalismus. Natl.
74 Liberalismus. Natl.
77 Liberalismus. Natl.
78 Liberalismus. Natl.
1881 Liberalismus. Lintslib. (Stichwahl mit Natl.)
84 Liberalismus. Lintslib. (Stichwahl mit Natl.)
87 Liberalismus. Natl.
1890 Liberalismus. Lintslib. 16.

93 Liberalismus. Lintslib. (Stichwahl mit Natl.)
95 Liberalismus. Lintslib. (Stichwahl mit Bünd.)
98 Liberalismus. Lintslib. (Stichwahl mit Soz.)
1903 Liberalismus. Natl. (Stichwahl mit Soz.)
1907 Bünd. (Stichwahl mit Soz.)

Das ist die Antwort auf die Frage, wer "bisher" das Mandat besessen hat. Wer hat also "gewöhnliche Freiheitserklärung" betrieben?

Der "B. Beob." hat übrigens, sobald das Wahlergebnis feststand, seinen Lesern ganz genau gesagt, wer das Mandat direkt verloren hat, sodaß von einer "Freiheitserklärung" überhaupt keine Rede sein kann. Das ist es eben besser, als ein neu zu gründender Verein. Ich fordere darum alle, die mit mir im Zentrum die größte Gefahr für Deutschland erblicken, auf, für oben genannten Zweck Gaben an den Evangelischen Bund zu senden, und zwar an die Zentrale Leipzig, oder auswärtige sich überzeugen haben und es sofort ihren Lesern mitteilen, um sie nicht irrezuführen. Oder nicht?

Auch die nationalliberale "Bruchsaler Blg.", welche in ihrer Nr. 28 in einem Anfall von antikonservativen Koller wieder einmal von dem "vergessenen Einfluß des klerikalischen Geistes" schreibt, möge um feurige Kopien auf unter Haupt zu sammeln, damit diese Leser sehen, was das Mandat an die Sozialdemokratie verloren hat. Dürfen wir ja viel Wahrheitssinn von der "Bruchsaler Zeitung" erwarten?

Im elzah-lothringischen Landesausschluß wird zurzeit über den Kompetenzstreit zwischen den Bischöfen und der Regierung debattiert. Es war der Abg. Hauck, der die Frage in seiner Rede behandelte und für die Bischöfe das Recht in Anspruch nahm, sich so an die katholischen Lehrer zu wenden, wie es die Bischöfe getan hätten. Den antifächerlichen Tendenzen gegenüber sei es Pflicht der Bischöfe gewesen, die Lehrer als Katholiken vor dem Anschluß an den allgemeinen deutschen Lehrerverein zu warnen. Da es opportunit war, gerade den Artikel "Schulfreund" an dieser Warnung zu verwenden sei, dahingestellt. Aber das Recht, es tun zu dürfen, kann niemand lennen, es bestand zweifellosso. Der Deutsche Lehrerverein ist keine staatliche Organisation, er ist ein privater Verein. Wenn es jeder Mann freistehet, für einen privaten Verein zu werben oder davon abzuraten, dann sollte dies allein den Bischöfen verboten sein? Die Zentrumsfraktion erklärt deshalb mit aller Deutlichkeit, daß sie es nicht duldet, wenn die Regierung den Bischöfen das Recht nehmen will, mit ihren Diözesanen zu verfehren, wie sie es für gut finden, zumal die Bischöfe ihre Mahnung mit keiner Drohung noch Gewaltmaßregel begleiteten. Zudem wenn derjenige, der vor dem Verein abrät, einen Eingriff in die Staatsphäre sich erlauben soll, warum nicht auch der, der zum Beitritt auffordert? Verdiente nicht auch der, der zum Beitritt auffordert? Verdiente nicht auch der einen Rüffel? Der Statthalter, der als Protestant nicht gut als Autorität in katholischen Dingen gelten kann, so in dem Anschluß wohl "nach schweren Heimsuchungen ein heilendes Pfaster". Zunächst können aber selbst Probststimmen aus dem orthodoxen lutherischen Lager über die Tendenzen des Deutschen Lehrervereins belehren. Die katholischen Familienväter stehen voll und ganz auf der Seite der Bischöfe, ja,

sie hätten es ihren Oberhirten sehr verübt, wenn sie hier ihrer Pflicht nicht nachgekommen wären. Staatssekretär Börn von Bülach vertrat demgegenüber den Standpunkt der Regierung. Erfreulich an der Erklärung war, daß eine Kulturmäßigung ganz energisch in Abrede gestellt wurde. Es werde von Kulturmäßigung gesprochen. Das könne gefragt werden: die Regierung hat nichts getan, in der Abrede einen Kulturmäßigung zu machen. Er sei der letzte, betonte der Staatssekretär, der die Hand dazu bieten würde; ebenso sei auch der Herr Statthalter für solche Dinge unter keinen Umständen zu haben. Es könne allerdings nicht bestritten werden, daß es im Lande Leute gebe, die einen Kulturmäßigung herbeiwünschen. Sie müßten ihn aber allein machen, die Regierung mache keinesfalls mit. Die Regierung wisse, daß das Volk die Religion erhalten und gepflegt wissen mölle und daran werde sie sich halten. Die Aktion der Bischöfe bezeichnet der Staatssekretär als "voreilig, unmöglich und beleidigend". Die Regierung habe im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und des Friedens eingegriffen. Damit scheint die Regierung den Vorwurf aufzugeben, daß sie der Bischöfe eine Kompetenzüberschreitung vorliege. Die Debatte ist im übrigen noch nicht zu Ende.

Ausland.

Italien.

Das Verhältnis Österreichs und Russlands in italienischer Beleuchtung. Der Korrespondent des "Maitin" hatte eine Unterredung mit einer hohen politischen italienischen Persönlichkeit, die sich über die Annäherungsversuche zwischen Österreich und Russland folgendermaßen äußerte: Italien ist glücklich, zu sehen, daß Österreich und Russland Annäherungsversuche machen. Wenn beide Staaten zu einem Freundschaftsbündnis kämen, würden die Balkan-Fragen keine Gefahr mehr enthalten. Italien hat in Racconigi feststellen können, daß seine Beziehungen zu Russland gleich England und Frankreich ebenfalls freundschaftlicher Natur sind. Österreich würde seinem Verbündeten Österreich folgen. Wenn es zu einer solchen Entente käme, würden die Gefahren auf dem Balkan bald beseitigt sein. Das ist alles recht schön ausgedacht vom Standpunkt der Stafetner aus. Ob sich die italienischen Wünsche mit denen Österreichs und Deutschlands in der Balkanfrage decken, ist eine ganz andere Frage. Es gehört ein großes Stück politischer Naivität dazu, nach den Ereignissen des letzten Winters Österreich und darmit auch Deutschland eine solche Unterordnung unter die italienischen Wünsche zuzunehmen.

Frankreich.

+ Die Schuldebatten in der französischen Kammer hatten wenn auch keinen vollen, doch einen beachtenswerten Erfolg. Selbst der "Tempo" stellt fest:

Weder Briand noch Jaurès haben das Monopol für die Staatschule gefordert. Und man muß beiden beiden zustimmen, weil das Monopol eine fiktive Tyrannie ist. "Der Angl. Postzg." wird dazu geschrieben: Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Combettes die Freimaurer diese "fiktive Tyrannie" herbeizuführen suchen, ist es wirklich ein Ereignis, den Ministerpräsidenten und den Führer der Sozialisten sich gegen das Monopol anzustreben zu hören. Die beiden hätten leicht die Unmöglichkeit des Staatsmonopols mit der Unmöglichkeit, die vielen Millionen dafür aufzubringen, beklagen können, sie taten es aber nicht und begründeten die Unmöglichkeit des Staatsmonopols mit der Tatsache, daß in Frankreich die Geister nicht einig sind und daß ein Gewissenszwang ausgesetzt würde, wenn nur eine Schule defektiert würde. Das ist eine Erfahrung in der Geschichte vieler Antisemitische, aus der vielleicht noch manche gute Früchte reisen. Der "Tempo" zitiert dann noch als eine sehr gute Rede jene des Progräfischen Amtsrats, der vor der Abstimmung das Wort ergreift, um die Mehrheit noch einmal an alles zu erinnern, was sich im Laufe der Debatte an Zweckmäßigkeiten an die beschwerdefüllende Partei ergeben habe. Eine der wichtigsten ist zweifellos, daß der Ministerpräsident sich bereit erklärt, die Unterrichts- und Bildungsmissionen für die Volkschule und vielleicht auch den Obersten Schulrat den Vertretern der Familien zu öffnen. Es wird vieles anders werden, wenn die Eltern das Recht haben, in den Schulkommissionen ein Wort

zu reden, wenn auch keinen vollen, doch einen beachtenswerten Erfolg. Selbst der "Tempo" stellt fest:

... Weder Briand noch Jaurès haben das Monopol für die Staatschule gefordert. Und man muß beiden beiden zustimmen, weil das Monopol eine fiktive Tyrannie ist. "Der Angl. Postzg." wird dazu geschrieben: Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Combettes die Freimaurer diese "fiktive Tyrannie" herbeizuführen suchen, ist es wirklich ein Ereignis, den Ministerpräsidenten und den Führer der Sozialisten sich gegen das Monopol anzustreben zu hören. Die beiden hätten leicht die Unmöglichkeit des Staatsmonopols mit der Unmöglichkeit, die vielen Millionen dafür aufzubringen, beklagen können, sie taten es aber nicht und begründeten die Unmöglichkeit des Staatsmonopols mit der Tatsache, daß in Frankreich die Geister nicht einig sind und daß ein Gewissenszwang ausgesetzt würde, wenn nur eine Schule defektiert würde. Das ist eine Erfahrung in der Geschichte vieler Antisemitische, aus der vielleicht noch manche gute Früchte reisen. Der "Tempo" zitiert dann noch als eine sehr gute Rede jene des Progräfischen Amtsrats, der vor der Abstimmung das Wort ergreift, um die Mehrheit noch einmal an alles zu erinnern, was sich im Laufe der Debatte an Zweckmäßigkeiten an die beschwerdefüllende Partei ergeben habe. Eine der wichtigsten ist zweifellos, daß der Ministerpräsident sich bereit erklärt, die Unterrichts- und Bildungsmissionen für die Volkschule und vielleicht auch den Obersten Schulrat den Vertretern der Familien zu öffnen. Es wird vieles anders werden, wenn die Eltern das Recht haben, in den Schulkommissionen ein Wort

zu reden, wenn auch keinen vollen, doch einen beachtenswerten Erfolg. Selbst der "Tempo" stellt fest:

... Weder Briand noch Jaurès haben das Monopol für die Staatschule gefordert. Und man muß beiden beiden zustimmen, weil das Monopol eine fiktive Tyrannie ist. "Der Angl. Postzg." wird dazu geschrieben: Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Combettes die Freimaurer diese "fiktive Tyrannie" herbeizuführen suchen, ist es wirklich ein Ereignis, den Ministerpräsidenten und den Führer der Sozialisten sich gegen das Monopol anzustreben zu hören. Die beiden hätten leicht die Unmöglichkeit des Staatsmonopols mit der Unmöglichkeit, die vielen Millionen dafür aufzubringen, beklagen können, sie taten es aber nicht und begründeten die Unmöglichkeit des Staatsmonopols mit der Tatsache, daß in Frankreich die Geister nicht einig sind und daß ein Gewissenszwang ausgesetzt würde, wenn nur eine Schule defektiert würde. Das ist eine Erfahrung in der Geschichte vieler Antisemitische, aus der vielleicht noch manche gute Früchte reisen. Der "Tempo" zitiert dann noch als eine sehr gute Rede jene des Progräfischen Amtsrats, der vor der Abstimmung das Wort ergreift, um die Mehrheit noch einmal an alles zu erinnern, was sich im Laufe der Debatte an Zweckmäßigkeiten an die beschwerdefüllende Partei ergeben habe. Eine der wichtigsten ist zweifellos, daß der Ministerpräsident sich bereit erklärt, die Unterrichts- und Bildungsmissionen für die Volkschule und vielleicht auch den Obersten Schulrat den Vertretern der Familien zu öffnen. Es wird vieles anders werden, wenn die Eltern das Recht haben, in den Schulkommissionen ein Wort

zu reden, wenn auch keinen vollen, doch einen beachtenswerten Erfolg. Selbst der "Tempo" stellt fest:

... Weder Briand noch Jaurès haben das Monopol für die Staatschule gefordert. Und man muß beiden beiden zustimmen, weil das Monopol eine fiktive Tyrannie ist. "Der Angl. Postzg." wird dazu geschrieben: Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Combettes die Freimaurer diese "fiktive Tyrannie" herbeizuführen suchen, ist es wirklich ein Ereignis, den Ministerpräsidenten und den Führer der Sozialisten sich gegen das Monopol anzustreben zu hören. Die beiden hätten leicht die Unmöglichkeit des Staatsmonopols mit der Unmöglichkeit, die vielen Millionen dafür aufzubringen, beklagen können, sie taten es aber nicht und begründeten die Unmöglichkeit des Staatsmonopols mit der Tatsache, daß in Frankreich die Geister nicht einig sind und daß ein Gewissenszwang ausgesetzt würde, wenn nur eine Schule defektiert würde. Das ist eine Erfahrung in der Geschichte vieler Antisemitische, aus der vielleicht noch manche gute Früchte reisen. Der "Tempo" zitiert dann noch als eine sehr gute Rede jene des Progräfischen Amtsrats, der vor der Abstimmung das Wort ergreift, um die Mehrheit noch einmal an alles zu erinnern, was sich im Laufe der Debatte an Zweckmäßigkeiten an die beschwerdefüllende Partei ergeben habe. Eine der wichtigsten ist zweifellos, daß der Ministerpräsident sich bereit erklärt, die Unterrichts- und Bildungsmissionen für die Volkschule und vielleicht auch den Obersten Schulrat den Vertretern der Familien zu öffnen. Es wird vieles anders werden, wenn die Eltern das Recht haben, in den Schulkommissionen ein Wort

zu reden, wenn auch keinen vollen, doch einen beachtenswerten Erfolg. Selbst der "Tempo" stellt fest:

... Weder Briand noch Jaurès haben das Monopol für die Staatschule gefordert. Und man muß beiden beiden zustimmen, weil das Monopol eine fiktive Tyrannie ist. "Der Angl. Postzg." wird dazu geschrieben: Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Combettes die Freimaurer diese "fiktive Tyrannie" herbeizuführen suchen, ist es wirklich ein Ereignis, den Ministerpräsidenten und den Führer der Sozialisten sich gegen das Monopol anzustreben zu hören. Die beiden hätten leicht die Unmöglichkeit des Staatsmonopols mit der Unmöglichkeit, die vielen Millionen dafür aufzubringen, beklagen können, sie taten es aber nicht und begründeten die Unmöglichkeit des Staatsmonopols mit der Tatsache, daß in Frankreich die Geister nicht einig sind und daß ein Gewissenszwang ausgesetzt würde, wenn nur eine Schule defektiert würde. Das ist eine Erfahrung in der Geschichte vieler Antisemitische, aus der vielleicht noch manche gute Früchte reisen. Der "Tempo" zitiert dann noch als eine sehr gute Rede jene des Progräfischen Amtsrats, der vor der Abstimmung das Wort ergreift, um die Mehrheit noch einmal an alles zu erinnern, was sich im Laufe der Debatte an Zweckmäßigkeiten an die beschwerdefüllende Partei ergeben habe. Eine der wichtigsten ist zweifellos, daß der Ministerpräsident sich bereit erklärt, die Unterrichts- und Bildungsmissionen für die Volkschule und vielleicht auch den Obersten Schulrat den Vertretern der Familien zu öffnen. Es wird vieles anders werden, wenn die Eltern das Recht haben, in den Schulkommissionen ein Wort

zu reden, wenn auch keinen vollen, doch einen beachtenswerten Erfolg. Selbst der "Tempo" stellt fest:

... Weder Briand noch Jaurès haben das Monopol für die Staatschule gefordert. Und man muß beiden beiden zustimmen, weil das Monopol eine fiktive Tyrannie ist. "Der Angl. Postzg." wird dazu geschrieben: Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Combettes die Freimaurer diese "fiktive Tyrannie" herbeizuführen suchen, ist es wirklich ein Ereignis, den Ministerpräsidenten und den Führer der Sozialisten sich gegen das Monopol anzustreben zu hören. Die beiden hätten leicht die Unmöglichkeit des Staatsmonopols mit der Unmöglichkeit, die vielen Millionen dafür aufzubringen, beklagen können, sie taten es aber nicht und begründeten die Unmöglichkeit des Staatsmonopols mit der Tatsache, daß in Frankreich die Geister nicht einig sind und daß ein Gewissenszwang ausgesetzt würde, wenn nur eine Schule defektiert würde. Das ist eine Erfahrung in der Geschichte vieler Antisemitische, aus der vielleicht noch manche gute Früchte reisen. Der "Tempo" zitiert dann noch als eine sehr gute Rede jene des Progräfischen Amtsrats, der vor der Abstimmung das Wort ergreift, um die Mehrheit noch einmal an alles zu erinnern, was sich im Laufe der Debatte an Zweckmäßigkeiten an die beschwerdefüllende Partei ergeben habe. Eine der wichtigsten ist zweifellos, daß der Ministerpräsident sich bereit erklärt, die Unterrichts- und Bildungsmissionen für die Volkschule und vielleicht auch den Obersten Schulrat den Vertretern der Familien zu öffnen. Es wird vieles anders werden, wenn die Eltern das Recht haben, in den Schulkommissionen ein Wort

zu reden, wenn auch keinen vollen, doch einen beachtenswerten Erfolg. Selbst der "Tempo" stellt fest:

... Weder Briand noch Jaurès haben das Monopol für die Staatschule gefordert. Und man muß beiden beiden zustimmen, weil das Monopol eine fiktive Tyrannie ist. "Der Angl. Postzg." wird dazu geschrieben: Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Combettes die Freimaurer diese "fiktive Tyrannie" herbeizuführen suchen, ist es wirklich ein Ereignis, den Ministerpräsidenten und den Führer der Sozialisten sich gegen das Monopol anzustreben zu hören. Die beiden hätten leicht die Unmöglichkeit des Staatsmonopols mit der Unmöglichkeit, die vielen Millionen dafür aufzubringen, beklagen können, sie taten es aber nicht und begründeten die Unmöglichkeit des Staatsmonopols mit der Tatsache, daß in Frankreich die Geister nicht einig sind und daß ein Gewissenszwang ausgesetzt würde, wenn nur eine Schule defektiert würde. Das ist eine Erfahrung in der Geschichte vieler Antisemitische, aus der vielleicht noch manche gute Früchte reisen. Der "Tempo" zitiert dann noch als eine sehr gute Rede jene des Progräfischen Amtsrats, der vor der Abstimmung das Wort ergreift, um die Mehrheit noch einmal an alles zu erinnern, was sich im Laufe der Debatte an Zweckmäßigkeiten an die beschwerdefüllende Partei ergeben habe. Eine der wichtigsten ist zweifellos, daß der Ministerpräsident sich bereit erklärt, die Unterrichts- und Bildungsmissionen für die Volkschule und vielleicht auch den Obersten Schulrat den Vertretern der Familien zu öffnen. Es wird vieles anders werden, wenn die Eltern das Recht haben, in den Schulkommissionen ein Wort

zu reden, wenn auch

der Juli-Revolution des vorigen Jahres verboten. Es steht zwar schon einmal, die Ferrer-Schulen seien wieder eröffnet, das war aber verfrüht. Der liberale Stadtschreiber von Barcelona ließ die Schuleiter um die Wiedereröffnung einkommen, legte aber die Gedanken eines Monats öffentlich aus, damit Gegner und Freunde der Katholiken oder Kürzprache vortragen könnten.

Von diesem Recht haben, wie die „Röde. Volksztg.“ bestätigt, nur die Gegner der Ferrer-Schule im gewöltigem Anfang Gebräuch gemacht; außer zahllosen Einsprüchen einzelner Personen und Vereine fand den begründeten Protest der Frauen Barcelonas über 50.000 Unterschriften. Dagegen ließen die Gömmer der Anarchistenschulen die vierwöchige Frist unbemüht verstreichen.

Statt dessen veranstaltete sie am Sonntag einen großen Zugzug gegen die Freilassung der noch wegen der Julirevolte – Brandstiftung, Gräber- und Leichensäuberung, Raub und Widerstand gegen die Truppen – in Haft befindlichen. Acht Tage darauf antwortete das alte, alte Barcelona – denn die Anarchisten und ihre Lebhaber sind zum Teil zugewandert – mit einer Riesenversammlung, auf welcher der jatikanische Geist der Schule, welcher so glänzend kultiviert war, gezeigt hat, allseitig beleuchtet und die Macht hat endlich gewarnt wurden, sie wieder ins Leben treten zu lassen.

Der liberale Statthalter hat nun trotz dieser Proteste am 30. Januar die beanstandeten Schulen wieder eröffnen lassen; was zahllose Proteste zur Folge hatte. So sieht also die Willkürherrschaft in Spanien aus! Das Freiheitler und Anarchistengesindel, der geschworene Feind der Ordnung, kann sich trotz der Ereignisse des letzten Sohnes frei bewegen, darf seine Schule, die in einem politisierten Lande der Welt befiehlt, wieder eröffnen; nur der friedliche, ordnungsliebende, christliche Bürger muss sich dichten. Trotz alledem wird man bei nächster Gelegenheit wieder das Gesetzest davon in der liberal-socialistischen Presse lesen, weil es sonst nicht zu den alten Sprüchen von der Willkürherrschaft der spanischen Priester paßt.

Rußland.

= Befreiungen des Erzählers. Zeitungsmeldungen nötige hat der Erzähler ver sucht, durch Emis sätze in Revolution in Persien anzutreten. Die Emis sätze seien aber an der Grenze verhaftet worden. Die Pläne fordern die Regierung auf, daß dem Erzähler hierfür seine Pension entzogen werde, da er die Gastfreundschaft Rußlands verlegt habe.

Baden.

Karlsruhe, 4. Februar 1911.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großherzogtums und der auswärtigen Angelegenheiten wurde Dr. Konzettor Otto Höning in Neustadt in Sow. zur Generaldirektion der Staatsseidenbahnen verlegt und die Verleihung des Titels „Herrn“ Karl Höning in Freiburg nach Gernsbach verhindert.

Die Herren „Pfleger“.

Die „badische Warte“ schreibt zu der famosen nationalliberalen Pflegereinrichtung in ihrer Nr. 9: „Wir kennen rechtmäßige Abgeordnete, die es bis jetzt aus kollegialen Gründen abgelehnt haben, in nationalliberalen Wahlkreisen – wir meinen, an die Wahlkreise der Herren Leiser, Red. usw. – Vorträge und Verhandlungen zu halten, weil diese in ihrer Wirkung sich bereits erwähnten Abgeordneten richten.“ Das dürfte jetzt, wo Herr Abg. Leiser „Pfleger“ es in Wahlkreisen geworden ist, auch wohl annehmen. Ich denke Leiser und Red. fürt sich noch „Pfleger“ vorerst vertreten Wahlkreise werden, ich wohl anders gestalten! Wir können die Herren „Pfleger“, die sich nicht mit Angelegenheiten beschäftigen, deren Erledigung nicht ihre Aufgabe ist, nur als lästige Eindringlinge bezeichnen, gegen die darum der Wegfall gewisser Pflichten nicht unbedingt ist.“

Die Nationalliberalen ernennen inzwischen weitere Herren „Pfleger“. So berichtet die „Heidelberger Zeitung“ vom 24. Januar von einer liberalen Versammlung in Neustadt:

„Der Bezirk gegenwärtig im Landtag nicht nationalliberal vertreten ist, wurde von der Gesamtleitung der Landespartei ein Pfleger in der Person des Herren Dr. Koch bestellt. Derselbe war in der Versammlung anwesend und erfuhr darum, daß die Parteifreunde die Angelegenheiten, die sie bisher dem eigenen nationalliberalen Abgeordneten unterbreitet hatten, nunmehr ihm vorbringen. Er werde mit allen Kräften bestrebt sein, ihre berechtigten Wünsche und Anträge im Landtag zu vertreten.“

Abg. Leibnitz scheint Recht zu behalten, wenn er meinte, bis Frühjahr werde die Pflegerliste der Nationalliberalen vollständig vorliegen. Wir sind auch der Ansicht, daß das Pflegerinstitut sich für eine Partei sehr empfiehlt, die an fortgesetztem Mandatserhalt leidet. Hat sie schließlich keine Abgeordneten mehr, so hat sie um so mehr Pfleger. Wenn die nationalliberalen Partei für jeden Wahlkreis, den sie schon einmal inne hatte, heute aber nicht mehr hat, einen Pfleger bestellt wollte, dann müßte sie gegen 40 Pfleger haben. Dazu reichen ihre derzeitigen 17 Abgeordneten aber bei weitem nicht aus. Es müßte denn sein, daß sie die einzigen Abgeordneten mit der Pflegerfunktion mehrere Wahlkreise besetzen. Dann wären allerdings die nationalliberalen Abgeordneten die belastetsten unter sämtlichen Parteien.

Das Hornberger Schießen in Stuttgart.

Zur Konferenz der badischen und württembergischen Landtagsabgeordneten meint der Württembergische Staatsanwalt „durch“ u. a. die zum Schluss angenommene Resolution sei „diplomatisch“ gefaßt; übrigens werde zu einem solchen Zusammensetzen der beiden Regierungen auch der Ansicht, daß das Pflegerinstitut sich für einen Rahmen der künftigen Zweckverbände noch reichlich Gelegenheit sei.“

Das „Deutsche Volksblatt“ schreibt: „Aus Württemberg waren von der volksparteilichen Fraktion 12 (von 23), von der sozialdemokratischen 9 (von 15) und von der nationalliberalen 6 (von 18) Abgeordneten erschienen. Das Ergebnis der Konferenz wird in der württembergischen Presse je nach dem Parteistandpunkt eingestuft. Das Urteil des badischen Nationalliberalen scheint sich indes mit dem der württembergischen in der Hoffnung zu decken. Wenigstens hat am Sonntag der Abg. Leibnitz auf einer Tagung des engeren Ausschusses der nationalliberalen Partei in Karlsruhe ausgeführt, daß der Versuch, die württembergischen Abgeordneten zu einem gemeinsamen Vorsetzen mit Baden in Sachen der Schiffsabgaben und der Redaktionsaufsicht zu gewinnen, als gescheitert zu betrachten ist.“

Es mag sein, daß das „Deutsche Volksblatt“ recht hat, wenn es schreibt, badische und württembergische Nationalliberalen seien darin einig, daß der Versuch

der Abgeordneten in Stuttgart gescheitert sei. Nur ist der Unterschied zwischen den württembergischen und badischen Nationalliberalen zu vermerken, daß erstere dieses Scheitern ganz offen und rücksichtslos zugeben, letztere aber es vorziehen, in der Debatte immer einen anderen Schein zu erwecken. Zur „Schwäbischen Merkur“ Nr. 47 vom 31. Januar wird von württembergischer, nicht von badischer Seite der Ritt nach Stuttgart mit feiner Ironie abgetan. Da heißt es:

„Seit die ihre Reise nach der praktischen Seite vergeblich mußte sie bleiben und war es schon, ehe sie angekommen wurde. Man hat es auf württembergischer Seite nicht an Entgegenkommen fehlen lassen; man ist der Einladung zum Zusammentritt zahlreich gejagt, hat die Ansichten und Gründe von drüber gehört und zur Kenntnis genommen. Rede und Begleide in durchaus nachbarschaftlicher Weise getauft und sich nach getaner Arbeit im Kreisler einen guten Trocken zugetrunk. Aber der praktische Effekt ist gleich Null und muß es sein. Denn schon 20 Stunden vor der Begrüßung in Stuttgart hatte der badische Minister die betrübende Mitteilung machen müssen, daß die Heile davon geschwommen seien.“

Und weiter:

„Die Herren von diesseits und jenseits Mühlacker haben sich auf eine Resolution geeinigt, welche die Pläne der Freiheitler im Gesicht trug.“

Der zweite Teil zumal, der als übereinstimmende Meinung der Konferenzteilnehmer feststeht, daß ein Zusammenwirken der Regierungen von Württemberg und Baden zum Zweck der Redaktionsaufsicht geboten sei, steht eine offene Tür ein.“

Und zum Schluß:

„Zum Abschluß wir sind mit diesem Ereignis der Resolution ganz einverstanden: 20 badische Abgeordnete erklären die Redaktionsanlei für notwendig und mit aussichtsreicher. Nur erlauben wir uns den ganz gelinden Zweifel, ob die Herren just mit diesem und Giel nach Stuttgart gekommen sind. Als sie die Züge der Konferenz sahen, da sagten sie wohl, die württembergischen Abgeordneten würden herüberguziehen und sie schaute zu machen gegen ihre böse preußisch-königliche Regierung, auf diese gebaute man noch einen Druck ausüben, daß sie dem badischen Angebet ein willkürliches Ohr leise und sich losläufen lasse von den preußischen Vorschlägen. Aber siehe da: ehe noch die Abgeordneten gelöst waren, mußte man erfahren, daß schwäbisch gesprochen, die Lage schon im Bach hinzunäher sei. Der Eindruck auf die württembergische Regierung kann also nicht groß sein, zumal auch von den württembergischen Abgeordneten im allgemeinen, von den Sozialdemokraten abgesehen, in der Sache volle Zurückhaltung gegenüber den badischen Wünschen beobachtet wurde. In der Form war man höchst und freundlich, und das ist ganz in der Ordnung, wenn man Beifall empfängt. Aber in der Sache hat man eben mehrheitlich einmal einen Hornberger Schießen mehr erlebt.“

So offen können die badischen Nationalliberalen nicht reden. Denken müssen sie aber dasselbe.

Er möchte durchaus als tugendhaft gelten.

Der „Volksfreund“ nämlich.

Er war ledig genug, für sich selbst wie für seine Mitarbeiter das Zeugnis strenger Wahrhaftigkeit zu bezeichnen. Auscheinend ist er der Meinung, andere Leute hätten vollständig vergessen, was während des „Genossen“ Krieges „Volks-Fre“ oder „Frei-Volks“ wie in anderer Beziehung so auch in Sachen der Wahrheit und Wahrhaftigkeit zutage getreten ist. Er läuft sich aber, wenn er wirklich diese Meinung haben sollte.

Auch sein katholischer Vater aus Obisbach, dieser klaffende Junge der unübertraglichen Wahrhaftigkeit des „Volksfreundes“ und seiner Mitarbeiter kommt nicht in Vergessenheit, wenn der „Volksfreund“ selbst auch noch so sehr in Schweigen sich stellt.

Jetzt will er als derjenige angesehen werden, der im politischen Kampfe vor der Person Halt macht.“

Wie stark die zweite Tugend bei ihm vertreten ist, kann jedermann wissen, der das Blatt wenigstens ab und zu liest. Während des „Aloisio“-Feldzuges hat es sich ja gezeigt.

Und vor diesem Feldzug, dessen Hauptheld seinen Geist und innen Freund Kold in gar nicht fernere Vergangenheit öffentlich als „blamangelernten Heldern“ zu titulieren sich erlaubte, hat man Gelegenheit gehabt, während des Belzer-Krieges sich davon zu überzeugen, wie wahr es ist, daß die Herren vom „Volksfreund“

im politischen Kampfe vor der Person Halt machen.“

Seine journalistische Tugendhaftigkeit will der „Volksfreund“ wie anderen Herren, so namentlich auch dem Herrn Pfarrer Seher gegenüber an den Tag gelegt haben. Daß er sich nicht darüber beschwert, von dem Herrn Pfarrer noch keine Extra-Danßagung erhalten zu haben, ist Alles.

Es lebe die politische und journalistische Ehrlichkeit.

BZR, Karlsruhe, 4. Februar. In der deutigen Budgetkommunikation gab die Großregierung die vorläufigen, teilweise schwärmenden Zahlen des Abschlusses der Einnahmen und Ausgaben der badischen Staatsbahnen für Jahr 1909 bekannt. Danach ist der Gesamtabschluß ein wesentlich günstiger als im Jahre 1908; allerdings ist das dessen Realität weniger durch Mehreinnahmen erzielt worden, als durch Erfahrungswerte in den Ausgaben. Die Gesamteinnahmen für 1909 betragen 100 Millionen Mark, Ausgaben 78 Millionen Mark, also Überdeckung 22 Millionen Mark, gegen 13,8 Millionen im Jahr 1908, within Mehrüberdeckung 8,2 Millionen Mark. Im Polizeizinsen sind 18,825,6-6 M. aufzubringen, für Schuldenzahlung 9,118,750 Mark, zusammen für Zinsen und Schuldenzahlung 28 Millionen Mark, mitin schließen die badischen Staatsbahnen mit einem Defizit von 6 Millionen Mark ab, während das Defizit im Jahre 1908 nahezu 14 Millionen betrug. Der Personalaufwand – für Gehalts, Wohnungsgeld etc. – beträgt im Jahre 1909 etwa 1,293.000 Mark mehr als im Jahre 1908. Weitere Einzelzahlen werden wir in den nächsten Tagen erhalten.

H. Freiburg (Breisgau). In diesem Monat Februar sind es 45 Jahre, da in unserem Lande die berühmten Pfarrungen der wandernden Käfigs stattfinden.

Bannerträger in jener entwürdigten Zeit vor Jakob Lindau aus Heidelberg. Über diesen Vorfäden der Zentrumspartei in Baden schreibt in der neuesten Nummer der „Bitterischen Mundschau“ Herr Reichstags- und Landtagsabgeordneter Dr. Schmitz folgendes:

„Es sind fast 40 Jahre, seitdem in Baden die katholische Volksparität, die Vorfäden der Zentrumspartei, errichtet ist. Ihr Erwerber, und ein Jahrzehnt lang ihr populärster Mann in Baden war der Kaufmann Jakob Lindau in Heidelberg. Angeregt durch eine Resolution des Aachener Stadtkonsistoriums von 1862 wurde Lindau zunächst der Gründer und Hauptredner der sog. wandernden Käfigs in Baden, die in den damaligen sozial- und kirchlichen Kämpfen eine große Rolle spielten. 1865 wurde er in die Heidelberg Kreisversammlung, 1867 als erster und einziger oppositioneller

Abgeordneter in den Landtag gewählt. Hier erhielt er bei den Wahlen von 1869 Unterstützung durch die Abgeordneten Baumstark, Ritting und Lederer, mit denen zusammen er das sog. Fechtungskreis bildete, das sich bald als Fraktion der katholischen Volksparität konstituierte und in der zweiten Kammer einen harten Kampf mit der übermächtigen Mehrheit der bürgerlichen Zollparlaments und wurde 1871 Mitglied des Reichstags. Geschäftliche und gewerbliche Nüchternheit veranlaßten ihn aber, seit Ende 1871 auf alle parlamentarische Arbeit zu verzichten. 1875 ließ er sich zwar nochmals in die zweite Kammer wählen, eine viermonatige politische Gefängnisstrafe, die er Ende 1875 zu verbüßen hatte, gab aber seine Gesundheit dauernd einen solchen Schlag, daß er 1877 nicht mehr kandidierte und in der Folge in der breiteren Gesellschaft überhaupt nicht mehr hervortrat.“

W. Lindau gelebt, gewirt und existiert, das wird uns nun in den Büchern vorgeführt. Wer findet das Bild eines Hauses aus tiefer religiöser, seiner Kirche treu ergebenen Mannes, eines Mannes von unermüdbarem Eifer und grossem Opfergeist, ungeschickt mit hinreißender Volksberedsamkeit, ungewöhnlich Organisationstalent und einem unerschütterlichen Mut. Das Bild ist frisch, lebendig und anschaulich geschildert, und das Büchlein nicht nur wegen seines biographischen Inhalts, sondern auch wegen der allgemeinen Ausschüttungen über die Schicksale der Kirche in Baden für weitere Kreise interessant und empfehlenswert.“

Diesem empfehlenswerten Worten können wir noch anfügen, daß innerhalb 6 Monate fast viertausend Exemplare in alle Kreise von hoch und niedrig Eingang gefunden haben.

Das Werk wird überall gern gelesen und Lindau ist in unseren Tagen ein leuchtendes Vorbild für Männer und Jünglinge. Auch die „Historisch-politischen Blätter“ haben vor einigen Wochen einen lehrhaften Aufsatz über Jakob Lindau und dessen Biographie gebracht.

Kleine badische Chronik.

+ Karlsruhe, 3. Februar. Einen Aerzte- und Führerstag hält der Badische Landesverband vom Roten Kreuz am 7. und 8. Mai in Karlsruhe ab.

+ Karlsruhe, 3. Jan. Die Organisation der Buchbindergesellen, Allgemeine Vereinigung der deutschen Buchbindergesellen, Centralrat Berlin, lobt die Wachstums- und geistige Entwicklung am 12. Landesversammlung am Sonntag den 18. Februar, vormittags halb 11 Uhr, auf Straßburg im Elsas, Restaurant Würzner Kind, Brandstrasse, ein.

Zur Beratung kommen u. a. die Stellensuchunterstützung und die Wiedereinführung der Organisationsvorschriften. Seit Prag 1909 können auch weibliche Mitglieder der Organisation werben, welche bisher 2700 Mitglieder in etwa 80 Ortsgruppen zählt. Seit dem 1. Januar 1909 bis zum 30. September 1909 sind von der Kasse für Stellensuchunterstützung 20.037,70 M. ausgezahlt worden, darunter im dritten Quartal 1909 allein 2.314 M.

* Weinheim, 3. Februar. Bei der letzten Versammlung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins, in welcher Herr Dechant nominiert Ruhm aus Ladenburg über das neue Weingesetz sprach, äußerte im Verlaufe der an dem Vortrag sich anschließenden Aussprache Herr Privatrat Friedrich Karl Freiherr von Freyberg von hier, Besitzer eines größeren und musterhaft angelegten Nebengeländes, daß er sich den Bestimmungen des neuen Gesetzes, insbesondere der Kellerkontrolle, nicht unterwerfen werde und es vorziehe, den Nebengelände auszuhauen. Obwohl Herr Freyberg in der Versammlung erfuhr, daß keine Abstimmung über den preußischen Gesetzesvorlage stattfindet, die Erhebung von Schiffahrtsabgaben und zur Finanzierung der erforderlichen Bauten aus gemeinsamen Stromfahrten vorhanden ist, und das auf der so bezeichneten Grundlage in die weitere Erörterung der Einzelheiten des Entwurfs eingetreten werden soll.“ Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet: „Die geistige Beratung der Vereinigten Bundesräte ausführte für Handel und Verkehr, für Bauten und für die Verfassung über den preußischen Gesetzesvorlage betr. die Erhebung von Schiffahrtsabgaben führt zu dem Ergebnis, daß die verfassungsmäßige Mehrheit des Artikels 78 der Reichsverfassung für die Grundgedanken dieses Vorschlags, nämlich Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes unter billiger Heranziehung der Beteiligten durch Erhebung mäßiger Schiffahrtsabgaben und Zusammenfassung der Wasserstraßen innerhalb der einzelnen Stromgebiete im Zweckverbande zur Finanzierung der erforderlichen Bauten ans gemeinsamen Stromfahrten vorhanden ist, und das auf der so bezeichneten Grundlage in die weitere Erörterung der Einzelheiten des Entwurfs eingetreten werden soll.“ Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, waren bei der Abstimmung im Bundesrat 46 gegen 12 Stimmen; 14 Stimmen waren nötig zu einer Ablehnung. Kein Staat hat sich der Abstimmung enthalten. Es wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen noch fortgeführt und den Staaten der Minderheit wesentliche Zugeständnisse gemacht werden sollen. Dadurch wird der Abstich der Verhandlungen um eine weitere Reihe von Wochen hinausgezögert.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Amerika. Berlin, 3. Februar. Der Reichsanziger meldet: „Die geistige Beratung der Vereinigten Bundesräte ausführte für Handel und Verkehr, für Bauten und für die Verfassung über den preußischen Gesetzesvorlage betr. die Erhebung von Schiffahrtsabgaben führt zu dem Ergebnis, daß die verfassungsmäßige Mehrheit des Artikels 78 der Reichsverfassung für die Grundgedanken dieses Vorschlags, nämlich Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes unter billiger Heranziehung der Beteiligten durch Erhebung mäßiger Schiffahrtsabgaben und Zusammenfassung der Wasserstraßen innerhalb der einzelnen Stromgebiete im Zweckverbande zur Finanzierung der erforderlichen Bauten aus gemeinsamen Stromfahrten vorhanden ist, und das auf der so bezeichneten Grundlage in die weitere Erörterung der Einzelheiten des Entwurfs eingetreten werden soll.“ Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, waren bei der Abstimmung im Bundesrat 46 gegen 12 Stimmen; 14 Stimmen waren nötig zu einer Ablehnung. Kein Staat hat sich der Abstimmung enthalten. Es wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen noch fortgeführt und den Staaten der Minderheit wesentliche Zugeständnisse gemacht werden sollen. Dadurch wird der Abstich der Verhandlungen um eine weitere Reihe von Wochen hinausgezögert.“

Zum Besuch Ahrenthals in Berlin.

Wien, 4. Februar. Der Besuch, den der österreichische Minister Graf Ahrenthal (Minister des Auswärtigen) dem Reichskanzler in Berlin am 21. Februar abhalten wird, ist in erster Linie als Höflichkeitsschiff aufzufassen. Als Herr von Bethmann-Hollweg im vorigen Jahre in Wien seinen Besuch machte, wurde die Gegenbegegnung des Grafen Ahrenthal in Berlin schon damals in Aussicht genommen. Gegenüber wurde auch schon damals festgestellt, daß sich an den Antrittsbesuch des deutschen Reichskanzlers am Wiener Hofe Zusammenkünfte der Leiter der auswärtigen Politik der Dreibundmächte erfüllen sollten.“

Zum deutsch-amerikanischen Handelsabkommen.

Washington, 4. Februar. Es verhält sich, daß die deutsch-amerikanischen Tarifverhandlungen durch ein Abkommen zum Abschluß gelangt sind, durch das Amerika dem deutschen Reich einen Minimal-Tarif zugestellt, während Deutschland der Union seinen vollen Konventional-Tarif gewährt. Amerika genießt also in Deutschland während Deutschlands der Union seinen vollen Konventional-Tarif gewährt. Amerika genießt also in Deutschland während Deutschlands der Union seinen vollen Konventional-Tarif gewährt. Amerika genießt also in Deutschland während Deutschlands der Union seinen vollen Konventional-Tarif gewährt. Amerika genießt also in Deutschland während Deutschlands der

Eine kurze, quellenmäßige Geschichte der preußischen Kulturkampfes bieten die bekannten Politiker Dr. Julius Bahem u. Dr. Karl Bahem in der jüben erschienenen Schrift: „Die kirchenpolitischen Kämpfe in Preußen gegen die katholische Kirche insbesondere der „große Kulturkampf“ des Jahres 1871 bis 1887.“ Sonderabdruck aus dem Staatslexikon. Görres-Gesellschaft. 60 Pf. (Verlag v. Herder zu Freiburg i. Br.) Für jeden am politischen Leben Beteiligten, namentlich für unsere gebildete Jugend von höchstem Interesse.

Verlag von Herder zu Freiburg i. Br.
Bei beziehen durch:

Literarische Anstalt,
Freiburg im Breisgau,
Herder'sche Buchhandlung,
Karlsruhe, Herrenstraße 34,
J. J. Wolf'sche Buchhandlung,
Taubenbischofsheim.

Verein Klavierspieler
für Dienstag abend.
Angebote unter Nr. 574 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Herder'sche Verlagsbuchhandlung zu Freiburg im Breisgau.
Soeben ist erschienen und kann durch die Unterzeichneten bezogen werden:
Braun, J., S. J., Die Kirchenbauten der deutschen Jesuiten.
Ein Beitrag zur Kultur- und Kunstgeschichte des 16., 17. und 18. Jahrhunderts. gr. 8°.
Zweiter (Schluß-) Teil: Die Kirchen der oberdeutschen und ober- rheinischen Ordensprovinz. Mit 18 Tafeln und 31 Abbildungen im Text. Ergänzungsteile zu den „Stimmen aus Maria-Laach“. 103/104. (XII u. 390 S. u. 18 Tafeln) M 760.
Hierfür sind von denselben Verfassern erschienen: I Teil: Die Kirchen der ungeteilten rheinischen und der niederreinischen Ordensprovinz. M 4.80 — Die belgischen Jesuitenkirchen. M 4.—
P. Brauns Arbeiten über die Jesuitenbauten des 16.—18. Jahrh. er wachsen aus intensiver Detailkenntnis und voller Beherrschung des Stoffs, bieten wichtige Beiträge zur Geschichte des Kampfes zwischen Gotik und Renaissance.

Freiburg im Breisgau. Literarische Anstalt.
Karlsruhe, Herrenstraße 34. Herder'sche Buchhandlung.
Taubenbischofsheim. J. J. Wolf'sche Buchhandlung.

Badische Pferde- Versicherungsanstalt a. G.

zu Karlsruhe.

Versicherung gegen Verluste aus Tod, Tötungsnotwendigkeit,
sowie Minderwert von Pferden.

Entschädigung bei Todesfall 80%, bei Tötung und Minder-
wert 70% des Versicherungswertes (Erlös aus dem Pferd zu Gunsten
der Anstalt).

Gute, finanzielle Lage der Anstalt.

Prospekte, Nechenschaftsberichte u. c. durch die
Direktion in Karlsruhe und die Vertreter der Anstalt.

Extra billiges Wein-Angebot:

Vorjügl. weißen u. roten Tischwein
55 Pf. pro Liter, über die Straße.
Vorjügl. Rotwein 75 Pf. pro 1/4 Ltr. fl. m. Gl.
Vorjügl. Samos 80 Pf. pro 1/4 Ltr. fl. m. Gl.
Vorjügl. Blutwein 80 Pf. pro 1/4 Ltr. fl. m. Gl.
Vorjügl. Portwein 80 Pf. pro 1/4 Ltr. fl. m. Gl.
Vorj. Cognac, Verfhn. 150 Pf. p. 1/4 Ltr. fl. m. Gl.
80 Pf. p. 1/4 Ltr. fl. m. Gl.
Für die leeren Flaschen werden 10 Pf. zurückvergütet.

Nahrungsmittel-Geschäfte:
Geschw. Roos, Geschw. Hauenstein,
Amalienstr. 25 a. u. d. Ludwigplatz (Marktpl.) Wihelmstraße 10, nächst dem Verderplatz.

Geschw. Feibelmann, Mühlburg, Rheinstraße 34.

Katholischer Gesellenverein Karlsruhe.
Montag, den 7. Februar 1910, abends 8 Uhr.

Narren-Abend

mit reichhaltigem, gelegentlichem Programm und darauffolgendem

Kostüm-Kränzchen,

wozu die Herren Ehrenmitglieder, Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereins freundlich eingeladen sind.

Narrenkappen oder Eintrittszeichen für Masken obligatorisch und sind an der Kasse zu lösen für Mitglieder, Ehrenmitglieder und deren Angehörige zu 30 Pf., Nichtmitglieder zu 50 Pf.

Schuldhafte Kinder haben keinen Erit.

Der Vorstand.

**Gebete für die Generalkommunion
von Jungfrauenkongregationen**

100 Stück Mr. 4.—

„Badenia“, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei,
Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Inventur-Verkauf

der Weissen Woche

nur noch bis Samstag, den 5. Februar, abends 9 Uhr.

Spezial-Angebote in Herren-Anzügen Hochsommer-Kleidung Herren-Hosen
Herren-Paletots Knaben-Anzügen Fantasie- und Wasch-Westen

Ausserdem: Doppelte Rabatt-Marken oder 10 Prozent in bar.

Spiegel & Wels



Privat-Unterricht

im Maihuchen, Schuhzeichner, Zuschneider und
Unfertigen der Damen-Garderothe wird theoretisch und
praktisch nach leicht fühlbarer Methode erreichet.

Vor- und Nachmittagskurse.

Gewissenshafte Ausbildung. Gef. Anmeldung bei
Loni Schmidt, atab, gepr. Zuschneidelehrerin,
Karlsruhe, Haus Thoma-Straße 3, 3. Stock.



Fussballclub
SCHWARZ WEISS BLAU
MEISTER V. DEUTSCHLAND
Sportplatz Telefon 1338.
Freitag abend Palmengarten
1/2 Uhr: Monatesversammlung.
Sonntag vormittags 10 Uhr:
Training für alle Mannschaften.

Mittwoch, den 9. Februar:
Generalversammlung

der Junioren auf dem Sportplatz.

Sonntag und Dienstag:
Zusammenkunft im Löwenrachen und
Palmengarten.

Bad. Rote + Geldlotterie

Ziehung 12. März 1910.

44 000 M.

2 Hauptgewinne in bar

20 000 M.

586 Geldgewinne

14 000 M.

2800 Geldgewinne

10 000 M.

Los à 1 M. / 11 Los 10 Mk.
1 Porto u. Liste 30 Pf.
empfohlen Lotterie-Unternehmer

J. Stürmer,

Strassburg i. E., Langest. 107.

In Karlsruhe: Carl Götz, Holzstr. 87
u. 11/13, Gebr. Gähringer (G.m.b.H.)

H. Michel, Chr. Frank, J. Dahringer.

In Karlsruhe: F. Haselwander, P. Friedberger, Kaiserstr. 26.

Bad. Rote + Geldlotterie

Ziehung 12. März 1910.

44 000 M.

2 Hauptgewinne in bar

20 000 M.

586 Geldgewinne

14 000 M.

2800 Geldgewinne

10 000 M.

Los à 1 M. / 11 Los 10 Mk.
1 Porto u. Liste 30 Pf.
empfohlen Lotterie-Unternehmer

J. Stürmer,

Strassburg i. E., Langest. 107.

In Karlsruhe: Carl Götz, Holzstr. 87
u. 11/13, Gebr. Gähringer (G.m.b.H.)

H. Michel, Chr. Frank, J. Dahringer.

In Karlsruhe: F. Haselwander, P. Friedberger, Kaiserstr. 26.

Bad. Rote + Geldlotterie

Ziehung 12. März 1910.

44 000 M.

2 Hauptgewinne in bar

20 000 M.

586 Geldgewinne

14 000 M.

2800 Geldgewinne

10 000 M.

Los à 1 M. / 11 Los 10 Mk.
1 Porto u. Liste 30 Pf.
empfohlen Lotterie-Unternehmer

J. Stürmer,

Strassburg i. E., Langest. 107.

In Karlsruhe: Carl Götz, Holzstr. 87
u. 11/13, Gebr. Gähringer (G.m.b.H.)

H. Michel, Chr. Frank, J. Dahringer.

In Karlsruhe: F. Haselwander, P. Friedberger, Kaiserstr. 26.

Bad. Rote + Geldlotterie

Ziehung 12. März 1910.

44 000 M.

2 Hauptgewinne in bar

20 000 M.

586 Geldgewinne

14 000 M.

2800 Geldgewinne

10 000 M.

Los à 1 M. / 11 Los 10 Mk.
1 Porto u. Liste 30 Pf.
empfohlen Lotterie-Unternehmer

J. Stürmer,

Strassburg i. E., Langest. 107.

In Karlsruhe: Carl Götz, Holzstr. 87
u. 11/13, Gebr. Gähringer (G.m.b.H.)

H. Michel, Chr. Frank, J. Dahringer.

In Karlsruhe: F. Haselwander, P. Friedberger, Kaiserstr. 26.

Bad. Rote + Geldlotterie

Ziehung 12. März 1910.

44 000 M.

2 Hauptgewinne in bar

20 000 M.

586 Geldgewinne

14 000 M.

2800 Geldgewinne

10 000 M.

Los à 1 M. / 11 Los 10 Mk.
1 Porto u. Liste 30 Pf.
empfohlen Lotterie-Unternehmer

J. Stürmer,

Strassburg i. E., Langest. 107.

In Karlsruhe: Carl Götz, Holzstr. 87
u. 11/13, Gebr. Gähringer (G.m.b.H.)

H. Michel, Chr. Frank, J. Dahringer.

In Karlsruhe: F. Haselwander, P. Friedberger, Kaiserstr. 26.

Bad. Rote + Geldlotterie

Ziehung 12. März 1910.

44 000 M.

2 Hauptgewinne in bar

20 000 M.

586 Geldgewinne

14 000 M.

2800 Geldgewinne

10 000 M.

Los à 1 M. / 11 Los 10 Mk.
1 Porto u. Liste 30 Pf.
empfohlen Lotterie-Unternehmer

J. Stürmer,

Strassburg i. E., Langest. 107.

In Karlsruhe: Carl Götz, Holzstr. 87
u. 11/13, Gebr. Gähringer (G.m.b.H.)

H. Michel, Chr. Frank, J. Dahringer.

In Karlsruhe: F. Haselwander, P. Friedberger, Kaiserstr. 26.

Bad. Rote + Geldlotterie

Ziehung 12. März 1910.

44 000 M.</b